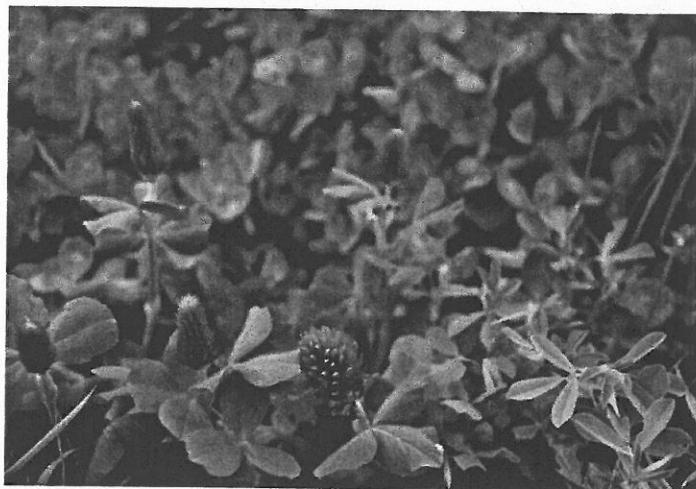


Empfehlungen der Senatsarbeitsgruppe

Forschung für einen nachhaltigen Ökolandbau stärken



Deutschland hat – nach den USA - den zweitgrößten Markt für Bioprodukte auf der Welt. Im Jahr 2011 wurden in der Bundesrepublik für rund 6,6 Milliarden Euro Bioprodukte gekauft. Dies entspricht etwa 3 % des gesamten Lebensmittelsektors. Rund 65.000 Produkte tragen das Biosiegel. Praktisch alle Lebensmittel werden auch überall in Bioqualität angeboten. Der Ökolandbau hat seine Nische verlassen, ist professioneller geworden und ist – trotz geringerer Erträge auf dem Acker und im Stall – in den meisten Fällen wirtschaftlich und wettbewerbsfähig.

Der Erfolg hat aber auch seine Schattenseiten. In den letzten Jahren ist es verstärkt zu Problemen gekommen, die Defizite in der Entwicklung des Biosektors aufzeigen. Im Jahr 2012 gab es Berichte über Dioxine in Bio-Eiern, Betrugsfälle mit Bio-Lebensmitteln, Lohn-Dumping bei Händlern und generelle Fragen über die Nachhaltigkeit von Bio-Lebensmitteln. Bio-Frühhkartoffeln aus Ägypten stehen im Wettbewerb mit dem Anspruch regionaler Produktion und sich schnell ändernden Konsummustern. Soll der Bio-Kunde überall, jederzeit und möglichst zu günstigen Preisen in Bio-Qualität kaufen können?

Es gibt erhebliche Unsicherheiten des Sektors, wohin der Weg führen soll. Studien zu Verbrauchererwartungen an den Ökosektor gibt es nur sehr vereinzelt. Und Ad-hoc-Meinungsumfragen helfen nicht weiter; sie bieten hierfür keine Orientierung. Verbraucher müssen vielmehr mit der passenden Methodik in den Diskussionsprozess einbezogen werden (z. B. im Rahmen von Fokusgruppendifkussionen). Die Ressortforschung ist hierfür aufgrund ihrer Neutralität und langfristigen Ausrichtung gut aufgestellt und wird das Thema in nächster Zeit angehen.

Die Herausforderung im Rahmen des Klimawandels, die nachhaltige Nutzung knapper werdender Ressourcen, die steigende Weltbevölkerung sowie neue Anforderungen an Lebensmittel werden immer größer. Der Biosektor ist nicht in der Lage, diese komplexen Probleme eigenständig zu lösen. Die Industrie hat nur wenig Interesse, bei der Lösung zu helfen. Im Vergleich zur konventionellen Produktion sind die Marktpotentiale eher gering und Patentvorteile eher selten. So sind beispielsweise die Entwicklungskosten bei naturstofflichen Pflanzenschutz- und Pflanzenstärkungsmitteln enorm hoch und können von den an der Entwicklung beteiligten, meist kleinen Firmen nicht alleine getragen werden. Die Zusammenarbeit von Forschung und mittelständischen Unternehmen sollte verstärkt gefördert werden, um umweltschonende, naturstoffliche und biologische Lösungen zu entwickeln.

Forschungen wie Studien zur Klimawirkung und Biodiversität zeigen viele Unklarheiten und Heterogenitäten. So befinden sich die ökologische und konventionelle Milchproduktion in ihrer Klimawirkung auf Augenhöhe, jedoch mit enormen Abweichungen einzelner Betriebe. Hier gilt es klare Indikatoren für besseres Management und Produktionsverfahren zu erarbeiten. Dies kann nur die öffentliche Forschung leisten. Statt ausschließlich auf Richtlinien zu setzen, müssen zusätzlich ziel- bzw. ergebnisorientierte Systeme zur kontinuierlichen Verbesserung mit Hilfe von Nachhaltigkeitsindikatoren aufgebaut werden, die beweisbar, leicht und schnell messbar, gut verständlich und preiswert sind. Die Forschung fängt hier erst an. Hinsichtlich der zukünftigen Agrarpolitik ist die Zusammenarbeit von Forschung und Politik un-

erlässlich, um staatliche Unterstützung an eine umweltschonende und tiergerechte Landwirtschaft zu knüpfen.

Nachhaltig ökologisch produzieren bedeutet auch, wilde Tier- und Pflanzenarten zu erhalten. Ökologisch bewirtschaftete Betriebe haben viele Möglichkeiten Naturschutzziele zu integrieren. Sie nutzen diese auch, wie die größere Artenvielfalt im Vergleich zu konventionellen Betrieben zeigt. Steigender ökonomischer Druck führt jedoch zu Zielkonflikten. Die Politik kann und sollte bei ihrer Förderpolitik, z.B. im Rahmen der Agrarumweltprogramme, durch prioritäre Berücksichtigung von Ökobetrieben und generell durch die Unterstützung der Nutzung biologischer Verfahren helfen. Eine qualifizierte Naturschutzberatung sollte langfristig unterstützt werden.

Das Image des Tierschutzes hat im Biolandbau 2012 durch große Stallneubauten gelitten. Die ersten Bürgerinitiativen gegen Bio-Massentierhaltung haben sich gegründet. Anlagen mit 40.000 und mehr Bio-Legehennen-Plätzen oder hunderte von Bio-Sauen-Plätzen pro Stall passen für die meisten Verbraucher nicht zu den Werbebotschaften des Bio-Sektors. Sie stören das Bild der bäuerlichen und „erdverbundenen Produktion, in der der Bauer noch jedes Tier kennt und pflegt“. Es lässt sich nicht leugnen, dass es auch auf Biobetrieben tierschutzrelevante Missstände gibt. Zukünftige Kontrollsysteme müssen sich mehr am Tierwohl statt an den Quadratmetern der Stallungen orientieren. Um seinem Anspruch gerecht zu werden, sind für den Ökolandbau tierbezogene Indikatoren besonders wichtig. Das Tierwohl lässt sich jedoch nicht leicht messen. Die Forschung ist aufwendig und kompliziert. Die Ressortforschung ist grundsätzlich dafür ausgestattet, beginnt in diesem neuen Feld aber erst. Entscheidend ist ein koordiniertes Vorgehen, damit die Politik sachgerecht und widerspruchsfrei entscheiden kann.

Der Pflanzenschutz als ertragssichernde und qualitätsbestimmende Komponente nimmt im Ökolandbau eine besondere Position ein. Durch das Verbot der Anwendung synthetischer Pflanzenschutzmittel sowie gentechnisch veränderter Organismen grenzt er sich deutlich vom konventionellen Pflanzenschutz ab. In diesem Zusammenhang müssen in den nächsten Jahren Alternativen für die Anwendung von Kupfer als Pflanzenschutzmittel bei Obst, Wein, Hopfen und Kartoffeln gefunden werden. Das Schwermetall hat zwar als Mikronährstoffdünger eine wichtige Bedeutung für die Pflanzenernährung, wirkt aber in hohen Konzentrationen toxisch auf Boden- und Wasserorganismen. Die Bioverbände haben deshalb unter

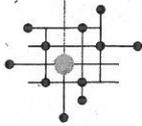
Mitarbeit der konventionellen Anbauverbände, ein Strategiepapier zur Minimierung des Kupfereinsatzes im Pflanzenschutz erarbeitet. Die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele müssen in den kommenden 10 bis 15 Jahren zielstrebig umgesetzt werden. Dafür sind weitere Forschungsanstrengungen vonnöten, für die entsprechende Fördermittel bereitgestellt werden sollten. Anzustreben ist, die (Kupferminderungs-) Maßnahmen europaweit abzustimmen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Die komplexen Zusammenhänge, die Auftreten und Vermehrung von Unkräutern und Schadorganismen begünstigen, müssen - wie in keinem anderen Bewirtschaftungssystem - zu ihrer Regulierung beachtet werden. Dazu gehört neben der genauen Kenntnis der Biologie auch das Wissen um die verschiedenen acker- und pflanzenbaulichen Maßnahmen. Von zentraler Bedeutung sind hier die pflanzengerechte Standort- und Sortenwahl, eine gut gegliederte Fruchtfolge sowie die Bodenbearbeitung und Düngewirtschaft. Auch die Feldrandgestaltung, die Nützlinge fördert, ist Schwerpunkt in diesem Pflanzenschutzkonzept. Gleichzeitig erhöht sie die Biodiversität in der Agrarlandschaft. Diese Maßnahmen müssen weiterhin in ihrem Zusammenwirken erforscht und, auch im Hinblick auf den Klimawandel, weiterentwickelt werden.

Auch wenn alle vorbeugenden Maßnahmen beachtet werden, vermehren sich Schadorganismen bei klimatisch günstigen Bedingungen massenhaft und mindern die Erträge und deren Qualität. Insbesondere die durch den internationalen Handel und Klimawandel neu auftretenden Schadorganismen wie z. B. die Kirschessigfliege im Obstbau oder die bakterielle Ringfäule der Kartoffel stellen auch den Ökolandbau vor neue Herausforderungen. Regulierungskonzepte müssen deshalb ständig neu entwickelt und angepasst werden.

Die genannten Herausforderungen erfordern eine gemeinsame Herangehensweise von Forschung, Politik, Wirtschaft und Praxis. Forschungsergebnisse müssen noch stärker als bisher in die landwirtschaftlichen Betriebe hineingetragen werden. Die Förderung gezielter Beratungs- und Planungsinstrumente ist ein Weg.

- » Gerold Rahmann, Thünen-Institut für Ökologischen Landbau und Sprecher der Senatsarbeitsgruppe
- » Stefan Kühne, Julius Kühn-Institut und stellvertretender Sprecher der Senatsarbeitsgruppe

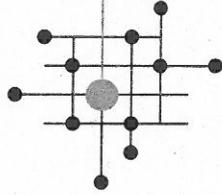


Senat

Bundesforschung
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz



FORSCHUNGS SPEZIAL

REPORT

ERNÄHRUNG / LANDWIRTSCHAFT /
VERBRAUCHERSCHUTZ

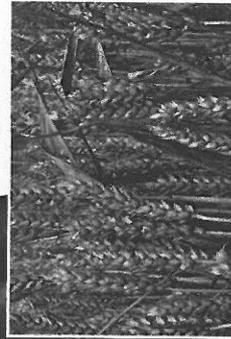


Ökologischer Landbau 2012



**Schwierige Suche
nach Alternativen**

Kupfer im Pflanzen-
schutz



Nachgewiesen

Unterscheidung von
ökologischem und
konventionellem
Weizen



Bestätigt

Mehr Artenvielfalt
im Ökolandbau